



Sitzung des IHK-Ausschusses Dienstleistungen

Digitalstandort Bayern: Wie kommen wir
voran

Begrüßung und Einführung

Dr. Laura Sasse, Vorsitzende IHK-Ausschuss Dienstleistungen

Digitalstandort Bayern: Wie kommen wir voran

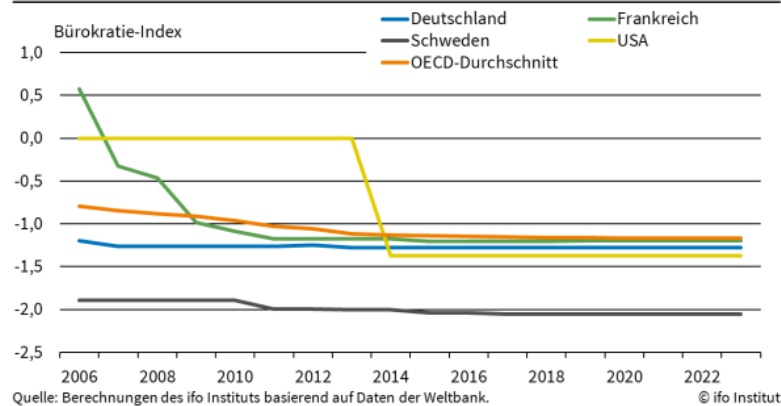
Dr. Hans Michael Strepp, Amtschef StMD

Best-practice: Schwedenreise

Elke Christian, IHK für München und Oberbayern

Weniger Bürokratie: Von Schweden lernen?

Entwicklung des Bürokratie-Index in ausgewählten OECD-Ländern, 2006-2022



IHK-Delegationsreise nach Stockholm März 2025 Ziel: „Lernen von den Besten“

Schweden als Spitzenreiter im Bürokratie-Index
laut Ifo-Studie

IHK-Ifo-Studie 2024:

Deutschland entgehen bis zu
146 Mrd. Euro p.a. an
Wirtschaftsleistung durch
überbordende Bürokratie
(Bayern: 27 Mrd. Euro p.a.)



Weniger Bürokratie: Von Schweden lernen?

Schwedens USP's



Anderes Mindset: Pragmatismus, Konsens, Vertrauen



Serviceorientierung der Behörden



Hohes Maß an Transparenz



Zentralisierung der Verwaltung und zentrale Datenhaltung - starke Vernetzung von Behörden und Registern



Fortgeschrittene Digitalisierung – Userzentrierte Lösungen

Vorteile für Unternehmen:

- digitale Legitimation über lebenslang gültige Personen- / Organisationsnummer i.V.m. zentraler Bank-ID
- volldigitalisierte Prozesse und Abwicklung Behördenvorgänge via Handy
- digitaler Abschluss von Verträgen mit wenigen Formvorschriften
- digitale, zügige Unternehmensgründung bzw. -änderung in wenigen Schritten ohne Notar
- digitale Abwicklung von Steuerangelegenheiten (u.a. vorausgefüllte Steuerklärung)

Wie bewerten Sie den Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung?

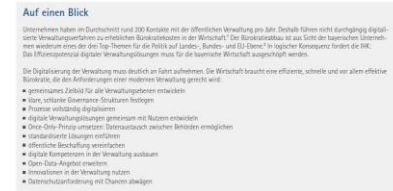


45 Prozent der
bayerischen Unternehmen
bewerten die Digitalisierung
der öffentlichen Verwaltung
als „ungenügend“ oder
„mangelhaft“

Durchschnittsnote für
Digitalisierungsgrad
der öffentlichen
Verwaltung:

4,3





Im EU-Vergleich ist Deutschland bei E-Government Services seit Jahren deutlich im unteren Mittelfeld. Alle bisherigen Bemühungen, wie zum Beispiel das 2017 eingeführte Online-Zugangspasswort (GZD), haben keinen durchgreifenden Digitalisaturschritt erreicht.

Gemeinsames Zielbild

Voraussetzung für eine effektive und effizientere Verwaltungsdigitalisierung ist ein gemeinsames Zielbild von Bund, Ländern und Kommunen und ein daraus abgeleiteter Reformplan, der den Rechtsrahmen und die operative Umsetzung des Verwaltungsänderungs digitalisierungs gestalten. Ein solches Zielbild sollte auf die durchgängige, sichere und nutzerfreundliche Digitalisierung von Verwaltungsgeschäften setzen.

- Für die Umsetzung ist unter anderem eine Plattform-Infrastruktur mit zentralen, einheitlichen Standards und Basis-Komponenten erforderlich – beispielsweise Nutzerkonten, Zahlungskomponenten, IT-Transportstandards und Programmierschnittstellen (APIs) für den sicheren Datenaustausch.

² BfK Konjunkturbericht Herbst 2019 "Bayrische Wirtschaft auf Talfahrt" (<https://www.bfk-wirtschaft.de/de/publikationen/konjunkturberichte/herbst-2019/bayrische-wirtschaft-auf-talfahrt>)



Die Position „Verrentungskapitalisierung: Weniger Kosten, mehr Lerneffekte und mehr Innovationen in Wirtschaft und Verwaltung“ wurde von der 94. Vollversammlung am 29. 11. 2023 mit 49-Zustimmungen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen beschlossen.





Bayerisches Staatsministerium
für Digitales



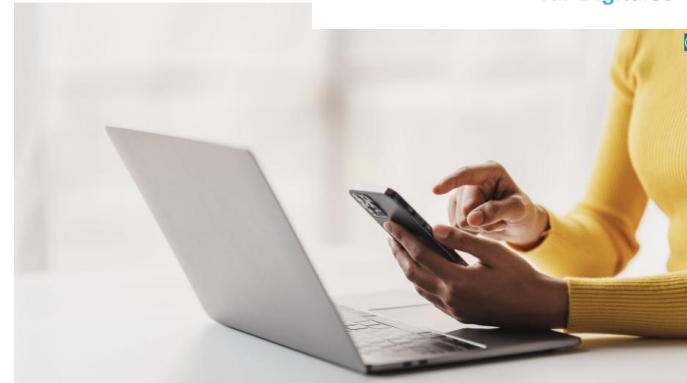
Modernisierungsagenda — für Staat und Verwaltung (Bund)

Für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland.

Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund)

Für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland

Aktuelles > Pressemitteilungen



© 23.09.2025, Pressemitteilung

Wildberger und Mehring: Digitalkooperation von Bund und Bayern –
sechs Pilotkommunen legen los

Auftakt der Pilotprojekte für eine flächendeckende digitale Verwaltung / Wildberger: „Verwaltungsdigitalisierung ist Teamwork. Bayern ist für uns dabei ein wichtiger Partner.“

Diskussion

Alle

Aktuelles aus der IHK

Elke Christian, IHK für München und Oberbayern

Tanja Wild, IHK für München und Oberbayern

Claudia Schleich, IHK für München und Oberbayern

IHK-Wahl 2026 – Kandidatur jetzt möglich



**Jetzt kandidieren!
Für die oberbayerische
Wirtschaft.**

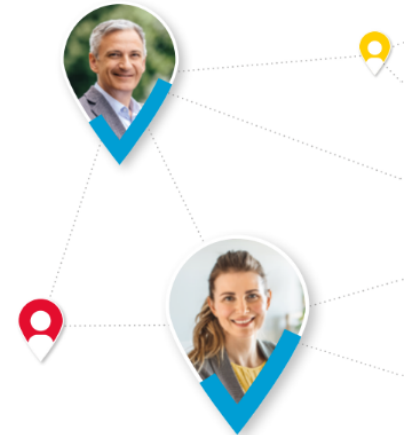
#EhrensacheIHK



**Informationen zur
IHK-Wahl 2026 finden
Sie hier:**



Folgen Sie uns auf LinkedIn!
 /company/ihk-muenchen



 **Pack ma's
gemeinsam!**

IHK-Wahl 2026 | Zeitplan





Dashboard Politische Initiativen

Stand 14.01.2026

Für den Fachausschuss Dienstleistungen

Gesetz

Hier befindet sich ein kurzer Überblick über die wesentlichen Inhalte des entsprechenden Gesetzes mit Fokus auf die für den Ausschuss relevanten Kernpunkte.

Aktueller Status

Hier zusammengefasst sind die wesentlichen Entwicklungen im Prozess des Gesetzgebungsverfahrens.

Position oder Einordnung der IHK

Im Dokument wird zwischen zwei Begriffen unterschieden:

Positionen: stellen offizielle und abgestimmte Standpunkte der IHK für München und Oberbayern, der BIHK oder der DIHK dar. Positionen werden aktiv in den politischen Prozess eingebracht und werden dafür genutzt sich für die Belange der oberbayerischen Wirtschaft einzusetzen.

Einordnungen: sind keine offiziellen Positionen der IHK, sondern lediglich Erst-Einschätzungen der jeweiligen Gesetze. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Einordnungen orientieren sich an den vertretenen Kernanliegen und Leitlinien der IHK, eignen sich dennoch nicht dazu im Namen der IHK gegenüber der Politik oder der Öffentlichkeit verwendet zu werden.

Über das interaktive
IHK-Logo kann
jederzeit zurück zum
Inhaltsverzeichnis
navigiert werden.

Von hier kann direkt
zu der einzelnen
Initiative gesprungen
werden.

[Zahlungsverzugs-
richtlinie](#)

[Reform Gewerbeordnung
\(Umsetzung
Verbraucherkreditrichtlinie\)](#)

[Omnibus-Paket IV](#)

[Green Claims
Richtlinie](#)

[A1 Bescheinigung](#)

[Digital Fairness Act
\(DFA\)](#)

[Bundestariftreuegesetz](#)

[Beschleunigte
Arbeitsgenehmigungen
von ausländischen
Fachkräften](#)

[Anreize für die Arbeit über
das Rentenalter hinaus](#)

Inhalt

Die Green Claims-Richtlinie soll die EmpCo-Richtlinie ergänzen und regelt, wie Umweltaussagen in Werbung integriert werden darf.

Freiwillige Umweltaussagen gegenüber Verbrauchern, die positive Umweltauswirkungen behaupten und derzeit nicht von anderen EU-Vorschriften erfasst werden, müssen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Diese Aussagen und Angaben müssen künftig vorab nachgewiesen werden und vor der Veröffentlichung von einer unabhängigen Prüfstelle abgenommen werden. Werden die Anforderungen erfüllt, stellt die Prüfstelle ein EU-weit anerkanntes Konformitätszertifikat aus.

Eingeschlossen sind hierbei Aussagen, zum Beispiel in Form von Werbung, über Waren, Dienstleistungen, oder das Unternehmen selbst.

Aktueller Status

Im März 2023 veröffentlichte die Kommission den Vorschlag zur Richtlinie.

Im März des folgenden Jahres positionierte sich das Europäische Parlament gefolgt vom Rat im Juni 2024.

Die daraufhin aufgenommenen Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission starteten im Januar 2025 und sollen bis Mitte 2025 abgeschlossen werden.

Im Juni 2025 kündigte die Kommission an, den Richtlinienvorschlag zurücknehmen zu wollen.

Position IHK

Das Ziel Werbung mit Umweltaussagen transparent zu gestalten und irreführende Aussagen in Form von Greenwashing zu unterbinden ist ein wichtiges Anliegen.

Dennoch droht insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen eine Überregulierung. Die finanzielle Belastung durch den kostenpflichtigen Zertifizierungsprozess ist für den Großteil der KMUs nicht stemmbar. Zudem sind schon jetzt irreführende Werbung und Werbung mit Selbstverständlichkeiten verboten. Folge dessen erscheinen die vorgelegten Regelungen zu weitreichend.

[Stellungnahme DIHK](#) 

Inhalt

Um EU-weit den Schutz der Rechte und die Arbeitsbedingungen entsandter Arbeitnehmer sicherzustellen, enthält die EU - Entsenderichtlinie eine Reihe verbindlicher Vorschriften für die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen entsandter Arbeitnehmer.

Bei vorübergehenden Tätigkeiten im europäischen Ausland, die weiterhin innerhalb des deutschen Sozialversicherungsrecht unterliegen, ist das anzuwendende Recht durch eine A1 Bescheinigung nachzuweisen. Über die Überarbeitung der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (EG) Nr. 883/2004 sollen die zwischenzeitlich entstandenen länderspezifischen Umsetzungen homogenisiert werden.

Aktueller Status

Im Dezember 2016 legte die Europäische Kommission einen umfassenden Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 vor. Ein abgestimmter Zeitplan für die weitere Gesetzgebung ist bislang jedoch nicht absehbar, da sowohl eine gemeinsame Position des Rates als auch des Parlaments noch ausstehen.

Im November 2024 präsentierte die Kommission einen weiteren Vorschlag für ein einheitliches EU-Portal.

Am 21. Mai 2025 wurde schließlich eine gezielte Kommunikation zu bestehenden Hemmnissen im Binnenmarkt sowie weitere Anpassungen für das grenzüberschreitende Arbeiten angekündigt. Die Ankündigung enthielt unter anderem das europaweite ESSPASS-Portal.

Position IHK

Der Vorschlag der Kommission den europäischen Flickenteppich an Umsetzungen homogenisieren zu wollen, ist begrüßenswert. Besonders eine spürbare Reduzierung der Meldepflichten, die Überarbeitung und Flexibilisierung der Fristenregelung sowie die Möglichkeit, Dokumente nachzureichen würde für eine KMU-freundliche Ausgestaltung sorgen.

Zusätzlich sinnvoll wäre eine zentrale, mehrsprachige Informationsplattform zur Entsendung und die Einführung einheitlicher Meldeportale, da sie zur erleichterten Orientierung und Administration erheblich beitragen würden.

Zuletzt führt die Zusammenführung aller Entsendeformalitäten in einem einzigen digitalen Portal zu einem spürbaren Abbau bürokratischen Aufwands.

„Wo bleibt die Wirtschaftswende? Bundesregierung verspielt Vertrauen“

- Wirtschaft stagniert, keine klare Reformstrategie der Regierung
- Bürokratie, Energiepreise und Sozialkosten bremsen Unternehmen
- Vertrauensverlust durch gebrochene Entlastungsversprechen
- Staat nutzt Sondervermögen statt echter Investitionen
- Appell: Mut zu strukturellen Reformen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

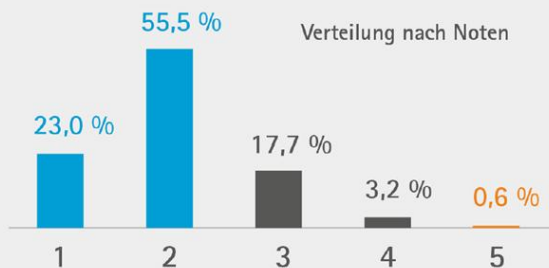
[Link](#) zum
BIHK-Brief



Trotz kommunaler Bemühungen: Bürokratiearme Verwaltung bleibt TOP-Handlungsbedarf

Gesamtnote für den Standort

Ø 2,0



Stärken



Energieversorgung



Anbindung regionales Straßennetz



Medizinische Versorgung



Handlungsbedarf



Bürokratiearme Verwaltung/
Unternehmensfreundlichkeit



Wohnraumangebot

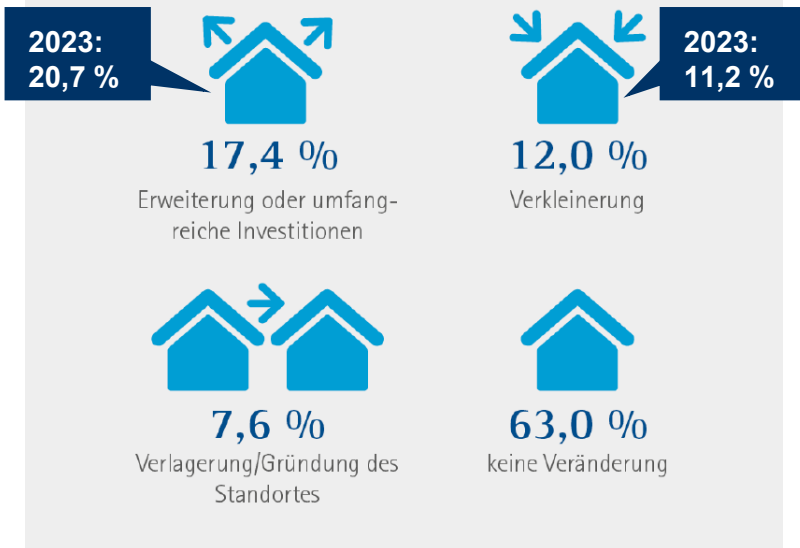


Gewerbe-/Grundsteuer

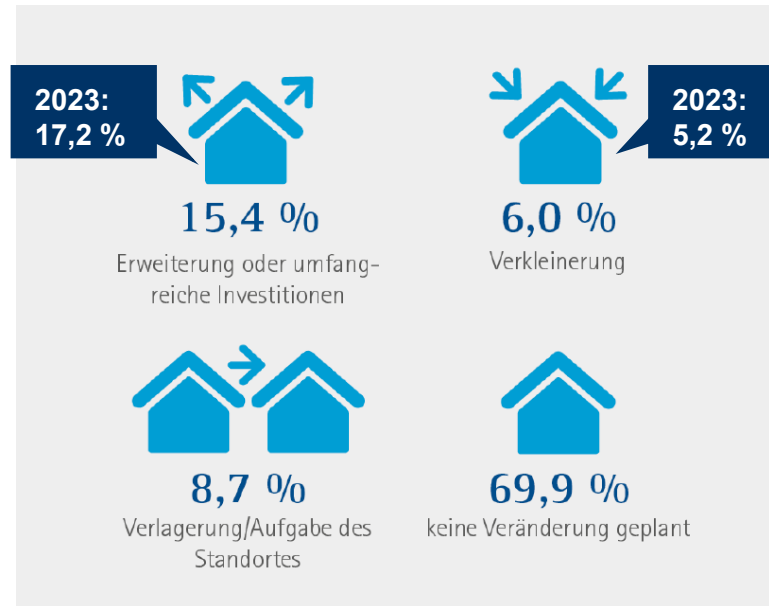
VERTRAULICH

Weiterhin abnehmende Investitionen sowie zunehmende Standortverkleinerungen

Entwicklung in den letzten drei Jahren

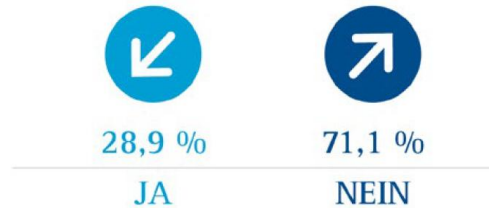


Entwicklung in den nächsten drei Jahren



Fazit: 83,1 % würden erneut den Regierungsbezirk Oberbayern als Standort wählen

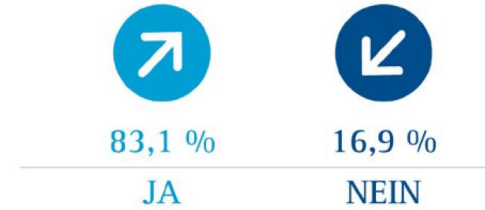
Verzögerung des Unternehmenswachstums
durch Standortfaktoren



Häufigste Verzögerungsgründe



Nochmalige Standortentscheidung



Was zu tun ist

- Bürokratie abbauen
- Bezahlbaren Wohnraum bereitstellen
- Planungs- u. Genehmigungsverfahren optimieren
- Fachkräfte sichern
- Mobilitätsangebote verbessern

Das neue Standortportal Bayern – Neuer Auftritt, neue Funktionen

Wussten Sie schon?
Aktuell sind über 725
Gewerbeflächen und 243
Gewerbeimmobilien
bayernweit verfügbar!



Suche Gewerbeflächen

Zur Kartensuche nach
unbebauten Gewerbeflächen



Suche Gewerbeimmobilien

Zur Kartensuche nach
Gewerbeobjekten (Hallen
Produktion/Lager, Büros,
Einzelhandel)



Kommunen & Landkreise

Zur Karte der Standortprofile
der Landkreise und Kommunen
sowie Kompetenzprofile der
Landkreise



Branchen & Firmen

Zur Karte der IHK-Unternehmen
in den Landkreisen und
Kommunen

Gewerbefläche erfassen

Webformular zum Eintrag Ihrer
Gewerbefläche ...

Gewerbeimmobilie / Leerstand erfassen

Webformular zum Eintrag Ihrer
Gewerbeimmobilie ...

Über das Standortportal Bayern

Das Standortportal wird von den bayerischen Industrie- und
Handelskammern in Kooperation mit dem Bayerischen
Wirtschaftsministerium und Invest in Bavaria betrieben. Wichtige
Hinweise zur Nutzung: ...

Das Standortportal Bayern erleichtert

- die Standortsuche für Unternehmen
- die Vermarktung von Gewerbeflächen und –
immobilien für Kommunen.

Neu:

- Suche Gewerbeflächen und –
immobiliensuche via **interaktiver Karte**
- **Anzeige Standortprofile** Landkreise,
Kommunen und Branchenstrukturen
- Erfassen von Leerständen und
Flächenangeboten per **Webformular**
- **Modernes, responsives Design**

Einführung eines neuen § 34k GewO für Darlehens- und Warenkreditvermittler



Um was geht es?

- Neue Erlaubnispflicht für gewerbliche Vermittler von Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen und entsprechenden Finanzierungshilfen und künftig auch für große* Warenkreditvermittler
- Tritt am 20.11.2026 in Kraft
- Sachkundenachweis erforderlich
- Erlaubnisinhaber müssen sich und leitende Angestellte registrieren lassen

Informationen zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens erhalten Sie hier: <https://www.ihk-muenchen.de/de/berufsbildung-berufszugang/gewerbeerlaubnisse/34c-erlaubnis/> unter dem Schlagwort „Gesetzliche Neuerungen“.

Welche Auswirkung gibt es für Darlehensvermittler nach § 34c GewO?

- Gewerbetreibende mit einer Erlaubnis nach § 34c GewO müssen die neue Erlaubnis bis 31.05.2027 beantragen
- „Alte-Hasen-Regelung“ bei ununterbrochener Tätigkeit ab 01.01.2021 als Darlehensvermittler
- Bestehende Darlehensvermittler-Erlaubnisse nach § 34c GewO erlöschen mit Ablauf des 19.11.2027



*gem. EU-KMU-Definition sind das Warenkreditvermittler mit mind. 250 Beschäftigten und entweder einem Jahresumsatz von mehr als 50 Mio. Euro oder einer Jahresbilanzsumme über 43 Mio. Euro.

Unterstützung der Kommunikationskampagne OlympiJA



- IHK-Vollversammlung spricht sich am 01.07.25 für eine Unterstützung der Olympia-Bewerbung aus.
- Weltweite Strahlkraft und positive Imageeffekte zahlen langfristig auf den Standort ein.
- Olympia als Katalysator für wichtige Infrastruktur- und Wohnraumprojekte
- IHK-Olympia-Webseite [Wirtschaft sagt OlympiJA | IHK München](#)
- Toolkit der LHM mit Materialien für Unterstützer
<https://www.olympiabewerbung-muenchen.com/partner-toolkit/>
Passwort: Olympia20XXMuc!



Schienenanbindung Flughafen München

IST-Situation strukturelles Defizit

- Angebote im Regional- und Fernverkehr fehlen
- Wettbewerbsnachteil als Flughafen und Drehkreuz (Rail&Fly)

IHK-Forderungen

trimodaler Mobilitätsknoten 'Straße-Schiene-Luft'

- Errichtung & Anschluss eines Bahnhofs am Flughafengelände
- Schaffung von Regional- und Fernverkehrsangeboten

Ifo-Studie:

Vorteile für Flugreisende, die Bevölkerung und die Region



Anhang: Zusatzinfos zur Einführung § 34k GewO-neu

Backup-Folien

Wichtige Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf

- Inkrafttreten am 20. November 2026
- Die Sachkunde ist als Erlaubnisvoraussetzung ausgestaltet
 - Die Delegation der Sachkunde ist analog zu § 34d Abs. 5 GewO möglich
 - Nur unmittelbar bei der Vermittlung und Beratung mitwirkende Beschäftigte müssen über „angemessene Kenntnisse und Fähigkeiten“ verfügen
- Bestandsschutzregelung bei ununterbrochener Tätigkeit seit 2021
- Die gewerbsmäßige Vermittlung von Unternehmensdarlehensverträgen ist nicht mehr erlaubnispflichtig
- Registrierungspflicht für Mitarbeiter: Nur leitende Beschäftigte sind in das Register einzutragen
- Weiterbildungsverpflichtung wird in der (noch zu erlassenden) Verordnung geregelt

§ 34k GewO-neu: Timeline

